

PORTRÄT DER WOCHE

Die One-Man-Show ist vorbei

Nachrückerin Kerstin Lau verstärkt Uffbasse-Fraktion

VON GERT BLUMENSTOCK

Für ihre erste Haushaltsrede gab es sogar Lob vom Stadtverordnetenvorsteher Kurt Weidmann (SPD). Dabei sparte Uffbasse-Nachrückerin Kerstin Lau nicht mit Kritik an der rot-grünen Finanzpolitik.

„Man kann vieles machen, wenn das Geld da ist. In Island zum Beispiel sind öffentliche Plätze mit Fußbodenheizungen unterlegt.“ Darmstadt weise im Doppelhaushalt 2005/06 aber ein Defizit von fast 180 Millionen Euro aus. SPD und Grüne hielten dennoch an Millionen Euro teuren Großprojekten wie dem Kongresszentrum, dem Umbau des Tempelgebäudes am Hauptbahnhof, der Sanierung des Zentralbades oder dem Investitionsprogramm für eine Darmstädter Gartenschau fest.

Mit der 33 Jahre alten Sozialpädagogin hat Uffbasse-Fraktionsvorsitzender Jörg Dillmann nach etwas mehr als der Hälfte der Legislaturperiode rhetorische Unterstützung erhalten. Uffbasse war im Stadtparlament bislang eine One-Man-Show. Der Tätowierer Sebastian Brückner, für den Kerstin Lau nun nachrückte, fiel – wenn überhaupt – nur durch seine Körperzeichnungen auf. Nach vorne ans Rednerpult ging er selten. Dillmann prägte das Bild von Uffbasse, sagt Lau: „Das finde ich gut.“ Jörg drücke das aus, wofür die Wählervereinigung stehe. „Ich empfinde das aber nicht als dominierend. Jörg ist ein offener Mensch und geht auch auf meine Standpunkte ein.“ Kerstin Lau kennt Dillmann seit über 20 Jahren.

Die gebürtige Dieburgerin unterstützte Dillmann 1993 bei seiner OB-Kandidatur und ließ sich dann auch für die Uffbasse-Liste bei der Kommunalwahl aufstellen.

Sich in der Kommunalpolitik zu engagieren, bedeutet für Kerstin Lau erheblichen Organisationsaufwand. Denn die Stadtverordnete ist Mutter zweier Söhne und arbeitet in Teilzeit in der Personalabteilung von T-Systems. Während der Ausschusssitzungen sind Rouven (5) und Sören (20 Monate) bei einer Tagesmutter. Für Sitzungen des Stadtparlamentes nimmt ihr Mann Tobias Urlaub, um auf die Kinder aufzupassen.

Die Anforderungen als Parlamentarierin überraschten die Nachrückerin nicht. Sie habe seit Beginn der Legislaturperiode im Uffbasse-Freundeskreis mitgearbeitet und mit den anderen über Magistratsvorlagen und Anträge diskutiert. „Ich wusste, was auf mich zukommt.“

Dazu zählt offensichtlich auch etwas Frust. „Rot-Grün blockt die Opposition prinzipiell ab.“ Deshalb sei es nicht leicht, etwas zu bewegen. Uffbasse vertrete einen anderen Ansatz. Jeder Kommunalpolitiker sollte nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden. „Bei den anderen Fraktionen hat jeder das Recht auf seine eigene Meinung – so lange er sie für sich behält“, spottet Lau. Bei Dillmann und ihr sei es völlig unproblematisch, unterschiedlich abzustimmen. „Das löst keine Krise aus“, betont die Kommunalpolitikerin. Es sei auch

„Man kann vieles machen, wenn Geld da ist. In Island sind öffentliche Plätze mit Fußbodenheizungen unterlegt.“



BILD: ROBERT HEILER

Kerstin Lau muss als Mutter von zwei Kleinkindern viel organisieren, um an Sitzungen teilzunehmen. Aber sie findet, dass jeder ein Ehrenamt übernehmen sollte.

schon vorgekommen, als das Parlament über die Renaturierung eines Baches entscheiden musste. Dillmann fand das Projekt zu teuer. „Ich als Mutter hätte gerne überall Bäche, an denen man spazieren gehen kann.“

Auch wenn die Uffbasse-Vertreter bei manchen Tagesordnungspunkten unterschiedlich abstimmen, der Grundkonsens wird nicht verlassen. „Wir verstehen uns als Lobby für Menschen, die keine Lobby haben.“ Der Personenkreis reiche von Drogenabhängigen bis zu Kindern. Trotz des Zeitraubenden Alltagsgeschäftes hat Kerstin Lau den Blick für die Zukunft nicht verloren. „Ich habe eine Utopie.“ Ehrenamtliche

Tätigkeit sollte für alle Menschen selbstverständlich werden – etwa im sozialen Bereich oder Schulen. „Jeder sollte einige Stunden im Monat für die Gemeinschaft arbeiten.“ Ganztagschulen zum Beispiel seien derzeit oft nur Aufbewahrungsanstalten für Kinder. Eltern sollten sich mehr engagieren und ihre Fähigkeiten in den Dienst der Schule stellen.

Angesichts der Verschuldung seien Kommunen bald nicht mehr in der Lage, bestimmte Leistungen zu finanzieren. „Das müssen Politiker den Bürgern sagen“, fordert Lau. Ihre Utopie, fehlendes Geld durch ehrenamtliche Arbeit aufzufangen, sei besser als nur zu kürzen.